**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
zur Wahrnehmung von Aufgaben
nach dem Gesetz über das Apothekenwesen
vom
(Abl. Reg.Ddf. vom _____)
-in Kraft getreten am _____-**

Der Kreis Mettmann, vertreten durch den Landrat, und die Stadt Leverkusen, vertreten durch den Oberbürgermeister, schließen aufgrund der §§ 23 ff des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit vom 01.10.1979 (GV NW S. 621) in der derzeit gültigen Fassung folgende öffentlich-rechtliche Vereinbarung:

§ 1

Zweck der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung

1. Der Amtsapotheker des Kreises Mettmann führt die Aufgaben nach dem Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst, dem Gesetz über das Apothekenwesen, der Apothekenbetriebsordnung, dem Arzneimittelgesetz, dem Betäubungsmittelgesetz, der Bundes-Apothekerordnung, der Gefahrstoffverordnung, dem Heilmittelwerbegesetz, dem Gesetz über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten und der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für pharmazeutisch-technischen Assistenten und den dazu erlassenen Verordnungen in den jeweils gültigen Fassungen im Gebiet des Kreises Mettmann und der Stadt Leverkusen durch.
2. Die Durchführung dieser Aufgaben durch den Amtsapotheker des Kreises Mettmann lässt die Zuständigkeit und Verantwortung der Stadt Leverkusen unberührt.

§ 2

Personal

1. Zur Durchführung der Aufgaben stellt der Kreis Mettmann einen Amtsapotheker (Stellenwert nach analytischer Dienstpostenbewertung z.Z. Besoldungsgruppe A 15) zur Verfügung.
2. Notwendig werdende Personalverstärkungen durch den Kreis Mettmann lösen für die Stadt Leverkusen nur dann Kosten aus, wenn sie zuvor ihr Einverständnis hierzu erklärt hat.
3. Die Verwaltungssachbearbeitung wird für den Kreis Mettmann und die Stadt Leverkusen getrennt von den zuständigen Mitarbeitern der jeweiligen Verwaltung durchgeführt. Der Amtsapotheker gibt dem Kreis Mettmann und der Stadt Leverkusen alle Informationen, damit diese aufgrund ihrer örtlichen Feststellungen die verwaltungsmäßige Bearbeitung übernehmen können (z.B. ordnungsbehördliches Einschreiten, Ahndung von Ordnungswidrigkeiten).

4. Der Amtsapotheker steht dem Kreis Mettmann zu 58 % und der Stadt Leverkusen mit 42 % der jeweils regelmäßigen Arbeitszeit zurzeit 41 Wochenstunden zur Verfügung.

§ 3

Kosten

1. Personal- und Verwaltungsgemeinkosten für den Amtsapotheker werden anteilig vom Kreis Mettmann zu 58 % und von der Stadt Leverkusen zu 42 % getragen.
2. Die Abrechnung der Kosten erfolgt dann jeweils nachträglich für die Hälfte eines Haushaltsjahres. Die Stadt Leverkusen zahlt dem Kreis Mettmann eine monatliche Abschlagszahlung in Höhe von 3.000 EUR (jeweils zum 1. eines Monats).
3. Zu den Personalkosten gehören auch die Personalnebenkosten (insbesondere Beihilfen, Kosten für die Fortbildung, Versorgungskasse, Trennungschädigungen). Sie werden nach den tatsächlich anfallenden Kosten abgerechnet.
4. Als Verwaltungsgemeinkosten für Querschnittsämter werden 10 % der Kosten gem. Abs. 3 (Personal- und Personalnebenkosten) berechnet.
5. Der Amtsapotheker rechnet die Reisekosten bei der Gebietskörperschaft ab, für die sie bei der Ausübung der Tätigkeit entstanden sind.
6. Sofern Leistungen aus dem Vertrag umsatzsteuerpflichtig sein sollten, wird die Umsatzsteuer gesondert erhoben.

§ 4

Dienstvorgesetzter, dienstlicher Wohnsitz, Fachaufsicht, Haftung

1. Dienstvorgesetzter des Amtsapothekers ist der Landrat des Kreises Mettmann. Der Dienstort ist Mettmann.
2. Die Fachaufsicht über den Amtsapotheker übt bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach dieser Vereinbarung im Gebiet des Kreises Mettmann der Landrat, im Gebiet der Stadt Leverkusen der Oberbürgermeister aus.
3. Sofern gegen den Kreis Mettmann als Anstellungskörperschaft des Amtsapothekers von Dritten Haftungsansprüche geltend gemacht werden, hat die Stadt Leverkusen ihn hiervon freizustellen, wenn diese Forderungen mit der hier vereinbarten Aufgabenübertragung in Zusammenhang stehen.

§ 5

Laufzeit, Kündigung

1. Diese öffentlich-rechtliche Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Sie kann erstmals nach 5 Jahren, danach unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 1 Jahr zum Ende des Jahres schriftlich gekündigt werden. Die gesetzlichen Regelungen über eine außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund bleiben unberührt.
2. Beide Parteien verpflichten sich, diese Vereinbarung zu überprüfen und anzupassen, falls dies durch gesetzgeberische Maßnahmen oder sonstige Gründe erforderlich wird.

§ 6

Unwirksamkeit einzelner Bestimmungen, Schriftform

1. Sollte eine Bestimmung dieser öffentlich-rechtlichen Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen in dieser Vereinbarung enthaltenen Erklärungen oder Übereinkommen nicht. Sofern die unwirksame Bestimmung nicht ersatzlos fortfallen kann, ist sie durch eine solche zu ersetzen, die dem beabsichtigten Sinn und Zweck am nächsten kommt. Gleiches gilt, soweit die Vereinbarung lückenhaft sein sollte.
2. Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform. Sie sind vorzunehmen, wenn gesetzliche Änderungen diese erfordern.

§ 7

Inkrafttreten

Diese Vereinbarung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt für den Regierungspräsidenten Düsseldorf in Kraft, frühestens jedoch am 1. August 2012.

Mettmann, den

Thomas Hendele
Landrat

Ulrike Haase
Gesundheitsdezernentin

Leverkusen, den

Reinhard Buchhorn
Oberbürgermeister

Frank Stein
Fachdezernent

III. Sonderkindergärten, integrative Tagesstätten und Sprachheilkindergärten § 1 Nr. 3 Buchstabe b Satzung

Inhalt: (Stand: 1.08.2012)

1. **Umfang der sachlichen Zuständigkeit des LVR**
2. **Personenkreis**
3. **Umfang der Aufgabenübertragung**
4. **Verfahren**
 - 4.1 **Dauer der Maßnahme**
 - 4.2 **Bescheiderteilung und Unterrichtung der Sonderkindergärten, integrativen Tagesstätten und Sprachheilkindergärten**
 - 4.3 **Kostenbeitrag, Elternbeitrag**
 - 4.4 **Fahrtkosten**
 - 4.5 **Erforderliche Unterlagen**

1. **Umfang der sachlichen Zuständigkeit des LVR**

Der LVR ist sachlich zuständig für die im Sonderkindergarten oder der integrativen Tagesstätte zu gewährende Hilfe einschließlich notwendiger Fahrtkosten zu und von der Einrichtung.

Sonderkindergärten sind Einrichtungen zur teilstationären Betreuung i. S. des § 2 Abs. 1 Nr. 1 Buchstabe a) AV- SGB XII- NRW.

Integrative Tagesstätten als Einrichtungen zur teilstationären Betreuung sind integrative Betreuungsgruppen nach dem Kinderbildungsgesetz NRW (KiBiz), die entsprechend der Tagesstättengruppen mit einer Gruppenstärke von 15 Kindern, davon 5 Kinder mit Behinderung, bei einem Betreuungsumfang von 35 oder 45 Stunden im gleichen Umfang wie in einem Sonderkindergarten betreut werden. Eine Anerkennung nach § 45 SGB VIII muss vorliegen.

Bei allen anderen Formen integrativer Betreuung in Kindergärten handelt es sich um ambulante Maßnahmen.

Der öTr ist sachlich zuständig für alle notwendigen Hilfen, die nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Besuch der Einrichtung stehen.

2. **Personenkreis**

Kinder mit einer körperlichen, geistigen, seelischen oder sprachlichen Behinderung im Vorschulalter (§ 55 Abs.2 Nr.2 SGB IX und § 27 AG- KJHG- NRW).

3. **Umfang der Aufgabenübertragung**

Die öTr gewähren zu Lasten des LVR Eingliederungshilfe nach § 53 Abs.1 SGB XII i. V. m. §§ 1, 2 und 3 EHVO zum Besuch eines Kindergartens für körperbehinderte oder geistigbehinderte Kinder (Sonderkindergarten), einer integrativen Tagesstätte oder eines Sprachheilkindergartens.

4. Verfahren

4.1 Dauer der Maßnahme

Die Dauer der Maßnahme bestimmt sich nach § 55 Abs.2 Nr.2 SGB IX. Danach ist der Besuch von Sonderkindergärten und integrativen Tagesstätten auf die Zeit bis zur Einschulung begrenzt.

Kostenanerkennnisse sollen grundsätzlich für die nächstgelegene Einrichtung erteilt werden und für das Kindergartenjahr 2012/ 2013 befristet werden (Für das Jahr 2013/2014 wird voraussichtlich eine Neuausrichtung der Finanzierung erfolgen).

4.2 Bescheiderteilung und Unterrichtung der Sonderkindergärten, integrativen Tagesstätten und Sprachheilkindergärten

Die Träger der Einrichtungen sind über die Bewilligung der Hilfe zu unterrichten; gleichzeitig ist den Einrichtungen mitzuteilen, ob und in welcher Höhe ein Kostenbeitrag zu leisten ist.

Vorgehende Leistungen nach § 92 Abs.3 SGB XII sind zu beachten. Zu diesen gehören u.a. Schadensersatzleistungen von Haftpflicht- oder Unfallversicherungen, Beihilfeleistungen von Haftpflicht- oder Unfallversicherungen, Leistungen nach § 51 Bundesseuchengesetz i. V. m. dem Bundesversorgungsgesetz, sofern die Behinderung auf einem Impfschaden beruht. Es wird gebeten, die genannten Ansprüche gegen Dritte dem Landschaftsverband zur Geltendmachung mitzuteilen (Vereinbarung mit dem LVR zur einheitlichen Durchsetzung).

4.3 Kostenbeitrag, Elternbeitrag

In den Einrichtungen ist ein Kostenbeitrag gem. § 92 Abs. 2 Nr. 1 SGB XII in Höhe der für den häuslichen Lebensunterhalt ersparten Aufwendungen zu fordern. Die Kostenbeiträge werden durch die Träger der Einrichtungen eingezogen und in der Betriebskostenabrechnung mit dem LVR verrechnet. Im Bescheid über die Gewährung der Eingliederungshilfe sind die Eltern bzw. Sorgeberechtigten hierauf hinzuweisen. Der Kostenbeitrag beträgt 2,00 € ab dem 1.01.2002.

Für neu aufgenommene Kinder in Sonderkindergärten, integrativen Tagesstätten und Sprachheilkindergärten werden im Kindergartenjahr 2012/ 2013 keine Verpflegungskosten mehr getragen, für diese Kinder ist entsprechend kein Kostenbeitrag mehr zu fordern.

Sonderkindergärten werden vom KiBiz nicht erfaßt, Elternbeiträge sind nicht zu leisten. Für integrative Tagesstätten und Sprachheilkindergärten wird der von den Jugendämtern im Einzelfall ermittelte Elternbeitrag ab dem 1.08.2005 (Beschluß

Landschaftsausschuss vom 5.07.2005) aus Mitteln des LVR übernommen. Eltern, die ihrer Mitwirkungspflicht gegenüber dem Jugendamt nicht nachkommen, werden durch die Jugendämter in die höchste Beitragsgruppe eingestuft, in diesen Fällen werden vom LVR jedoch nur die niedrigsten Beiträge übernommen.

Die Jugendämter übersenden dem LVR nach Ablauf eines Kindergartenjahres eine Aufstellung nach Einrichtungen der von den Eltern ermittelten Elternbeiträge. Die Beträge werden für das abgelaufene Kindergartenjahr für jede Einrichtung in einem Betrag gezahlt.

4.4 Fahrtkosten (Für neu aufgenommene Kinder ab dem 1.08.2012)

Grundsätzlich werden keine Fahrtkosten übernommen. Die Bewältigung der Wegstrecke von und zu einer Einrichtung und damit auch die eventuell entstehenden Kosten sind keine Eingliederungshilfe. Die Fahrt ist eine eigenständige Leistung, die in sich keine Eingliederungshilfe darstellt, sondern notwendig ist, um den Maßnahmeort der Eingliederungshilfe überhaupt zu erreichen. Dies kann üblicherweise, wie bei den anderen Kindern in einer Kindertagesstätte, zu Fuß, per Fahrrad, ÖVNP oder Motorfahrzeug durch Erziehungsberechtigte erfolgen.

Ausnahme: Wenn ein teilstationärer Bedarf festgestellt wird, ist im Einzelfall zu prüfen, ob die Fahrt von und zur Einrichtung aufgrund der Art und Schwere der Behinderung nicht doch der Eingliederungshilfe zuzuordnen ist, da ansonsten der Besuch der Einrichtung nicht möglich ist. Die Behinderung muß dann aber die Benutzung der im vorigen Absatz genannten Verkehrsmittel ausschließen, insbesondere auch den ÖVNP und die übliche PKW- Fahrt der Eltern.

Die Entfernung, ungünstige Arbeitszeiten der Erziehungsberechtigten, umständliches Ein- und Ausladen von Sitzschalen, Rehabuggys etc. begründen keine Zuständigkeit der Eingliederungshilfe. Ausschlaggebend ist alleine die Art und Schwere der Behinderung, z.B. bei einem notwendigen Liegendtransport, der die üblichen Beförderungen ausschließt. In diesen Fällen besteht entsprechend die sachliche Zuständigkeit des LVR.

Für bereits aufgenommene Kinder mit erteilten Fahrtkostenzusagen verbleibt es bis zur Schulaufnahme bei der getroffenen Regelung.

4.5 Erforderliche Unterlagen

Dem Antrag ist eine formlose Stellungnahme des Gesundheitsamtes über Art und Umfang der Behinderung mit Empfehlung einer geeigneten Eingliederungsmaßnahme beizufügen, bei der Antragsannahme für Sprachbehinderte wird auf die „Richtlinien zur Aufnahme in einen Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. in eine integrative Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte“ (Anlage 1 zu III) verwiesen.

- Anlage 1 zu III

Richtlinien zur Aufnahme in einen Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. in eine integrative Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte

1. Allgemeine Vorbemerkungen

Ein Sonderkindergarten für Sprachbehinderte ist eine Kindertagesstätte, die nur sprachbehinderte Kinder im Vorschulalter durch entsprechendes Fachpersonal betreut. Die Gruppenstärke ist gegenüber einer Regelgruppe auf 10 - 12 Kinder reduziert. Schwer sprachbehinderte Kinder können auch in einer integrativen Einrichtung gefördert werden. Dort beträgt die Gruppenstärke 15 Kinder, von denen 10 Kinder nicht behindert und 5 sprachbehindert sind. Neben der in einer Regeleinrichtung üblichen Personalausstattung steht diesen Einrichtungen für derzeit je 10 sprachbehinderte Kinder eine logopädische Planstelle zu. Rechtlich stellt diese Förderung sprachbehinderter Kinder in einem Sonderkindergarten bzw. in einer integrativen Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte eine teilstationäre Sprachheilbehandlung dar. Die/ Der Leiter/In der Einrichtung sollte, wenn sie nicht selbst sprachtherapeutische Fachkraft ist, zumindest eine Weiterbildung im Bereich kindlicher Sprachstörungen vorweisen können. Zweck der Sonderkindergärten bzw. der integrativen Kindertagesstätten für Sprachbehinderte ist es, insbesondere die Sprachbehinderung der Kinder durch gezielte individuelle Förderung abzubauen, die Kommunikationsfähigkeit zu verbessern sowie die Kinder in ihrer Persönlichkeitsentwicklung einschließlich ihres Sozialverhaltens zu stärken.

2. Personenkreis

In den Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. in eine integrative Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte finden Kinder mit einer Sprachbehinderung im Sinne des § 1 Nr. 6 Eingliederungshilfeverordnung Aufnahme, für die wegen der Art und Schwere der Behinderung eine ambulante Sprachheilbehandlung nicht ausreicht. Hierzu gehören insbesondere:

- Sprachentwicklungsstörungen mit den Symptomen einer multiplen bis universellen Dyslalie und / oder Dysgrammatismus mittleren bis schweren Grades
- Kinder mit schweren zentralen Sprach- und Sprechstörungen, auch mit Mehrfachbehinderung.

Neben der Sprachbehinderung und mit dieser in ursächlichem Zusammenhang stehend sind vielfach weitere Beeinträchtigungen gegeben wie:

- Lernstörungen
- Wahrnehmungsstörungen
- Störungen der zentralen Verarbeitung
- mnestische Störungen
- motorische Störungen
- Störungen der senso-motorischen Koordination
- soziale und emotionale Defizite

Für die Aufnahme in den Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. in eine integrative Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte muss jedoch die Sprachbehinderung das Leitsymptom sein und die ausschlaggebende Behinderung darstellen.

Die geistigen Fähigkeiten eines aufzunehmenden Kindes müssen mindestens im Bereich einer Lernbehinderung liegen. In Grenzfällen zu einer allgemeinen Entwicklungsverzögerung muss erwartet werden können, dass durch den Besuch eines Sonderkindergartens bzw. einer integrativen Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte das Kind soweit gefördert werden kann, dass es nach der Entlassung voraussichtlich erfolgreich am Schulunterricht zumindest auf Lernbehindertenniveau in einer Sonderschule, Förderungsschule oder in integrativem Unterricht teilnehmen kann.

Nicht aufgenommen werden:

- Kinder, deren unzulängliche Sprache Teil einer allgemeinen Entwicklungsverzögerung ist,
- Kinder, die stottern; es sei denn, das Stottersyndrom tritt im Rahmen einer schweren Sprachentwicklungsstörung auf,
- Kinder mit einer operierten Lippen-Kiefer-Gaumen-Spalte; es sei denn, zusätzlich ist noch eine schwere Sprachentwicklungsstörung nachweisbar.

3. Aufnahmeverfahren

Auf Antrag der Erziehungsberechtigten leitet im Regelfall der kommunale sprachtherapeutische Dienst bzw. der Sprachheilbeauftragte das Aufnahmeverfahren ein. Dabei sind sowohl die Leitung des Sonderkindergartens für Sprachbehinderte bzw. der integrativen Einrichtung als auch der die Einrichtung betreuende Arzt entsprechend zu beteiligen.

Für die Aufnahme in den Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. in eine integrative Kindertagesstätte sind daher folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. eine **fachärztliche Bescheinigung** über die Art der Sprachstörung (einschließlich Audiogramm) und mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit der Aufnahme in einen Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. einer integrativen Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte
2. ein **Bericht des Sprachtherapeuten** über Angaben zum bisherigen Behandlungsverlauf
3. eine **Befunderhebung des aufnahmebereiten Sonderkindergartens bzw. der integrativen Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte** mit Angaben insbesondere zu folgenden Punkten:

- Anamnese, - Spracherwerb und Sprachentwicklung, - Untersuchungsbefunde zu Artikulation (evtl. in Verbindung mit Schluckstörungen), Satzbau, Sprachverständnis, Wortfindung, Verhalten, allgemeine Hirnleistung, - vorliegende ergänzende medizinische und / oder psychologische Untersuchungsbefunde z. B. über die Bereiche Motorik, Visus, intellektuelle Entwicklung - abschließende diagnostische Zusammenfassung.

Der Sprachheilbeauftragte der Städte und Kreise gibt im Hinblick auf § 13 SGB XII eine Stellungnahme ab, ob nach Umfang und Ausmaß der vorliegenden Sprachbehinderung eine ambulante logopädische Behandlung bisher ohne Erfolg geblieben ist oder aller Voraussicht nach diese für das betreffende Kind keine hinreichende Förderung darstellen wird, so dass eine intensive sprachtherapeutische Sprachförderung in einem Sonderkindergarten für Sprachbehinderte bzw. einer integrativen Kindertagesstättengruppe für Sprachbehinderte erforderlich ist.